

Norwegen: Von Weltwirtschaftsflaute wenig tangiert

37

Oscar-Erich Kuntze

Konjunkturelle Verlangsamung 2000. Schwache Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2001. Relativ geringe Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums durch weltwirtschaftliche Flaute. Spürbare Erholung von Nachfrage und Produktion 2002. Lockerung der restriktiven Wirtschaftspolitik. Anhaltend hohe Lohnsteigerungen. Deutlich nachlassender Preisauftrieb. Nach wie vor günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Weiterhin hohe Überschüsse in Staatshaushalt und Leistungsbilanz.

Das soziale und politische Umfeld war in diesem und im vorigen Jahr von Regierungswechseln geprägt. Im Mai 2000 stellte ein landesweiter Streik die weitgehende Wirkungslosigkeit der Einkommenspolitik neuerlich unter Beweis, und ein drohender Arbeitskonflikt im Off-Shore-Sektor konnte nur durch Zwangsschlichtung abgeboten werden.

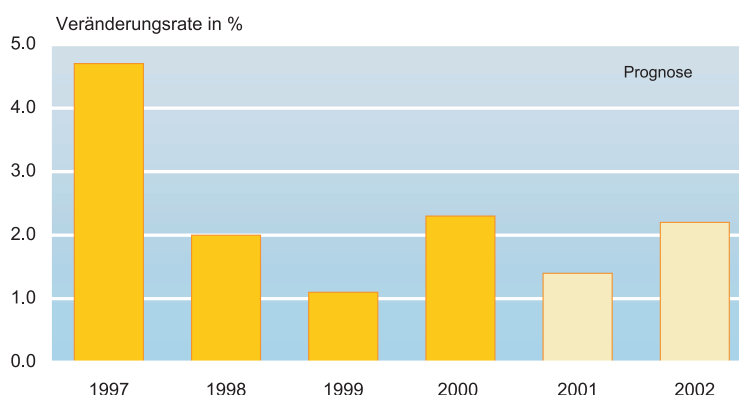
Im März 2000 war das seit 1997 auf nur ein Viertel der Parlamentsmandate gestützte bürgerliche Minderheitskabinett Bondevik durch eine sozialdemokratische Minderheitsregierung abgelöst worden. Denn diese war trotz hoher Haushaltsüberschüsse – ökonomisch vernünftig – nicht bereit gewesen, den in sie gesetzten Hoffnungen auf kostspielige Erneuerungen der unzureichend funktionierenden öffentlichen Dienste, besonders des Gesundheits-, Altenpflege- und Schulbereichs, sowie auf Linderung der drückenden Steuerbelastung zu entsprechen. Die Quittung für diese Standhaftigkeit kam mit den Parlamentswahlen vom September 2001 und brachte nicht nur den fragmentiertesten Storting, sondern auch eine neuerliche politische Wende. Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten sackte von 35 (Parlamentswahlen 1997) auf 24,4% ab – es war ihre schwerste Niederlage seit 1909. Sie wird als so gravierend angesehen, dass vielfach vom Ende der fast ein Jahrhundert langen sozialdemokratischen Dominanz in der Politik die Rede ist. Dies umso mehr, als das Ergebnis auch aus erheblichen soziologischen Verschiebungen resultiert. Gewinner waren die Sozialistische Linkspartei, die ihre Stimmenzahl auf 12,4% verdoppeln konnte, sowie die konservative Høyre, die mit 21,2% der Stimmen annähernd zu den Sozialdemokraten aufschließen konnte. Die Christliche Volks-

partei Bondeviks verlor etwas, kam aber immer noch auf 12,5% der Stimmen.

Seit Mitte Oktober 2001 amtiert eine Minderheitsregierung der rechten Mitte, die sich allerdings nur auf 62 der 165 Abgeordneten in der Volksvertretung stützen kann. Ministerpräsident ist der populäre Kjell Bondevik, doch stellt die Høyre die meisten Minister. Dritter im Bunde ist die kleine liberale Venstre. Die Regierung wird infolge vielfach unterschiedlicher politischer Ziele einen heiklen Balanceakt zu bewältigen haben, obwohl der brisanteste Streitpunkt, die EU-Mitgliedschaft Norwegens (Høyre dagegen, Christliche Volkspartei dafür), in der Koalitionsvereinbarung tabuisiert wurde: Die Zusammenarbeit endet, sobald einer der Partner diese Frage wieder aufgreift. Aber auch so könnte eine Periode erhöhter politischer Labilität bevorstehen.

Im Mai 2000 war es seit längerer Zeit wieder zu landesweiten Arbeitsniederlegungen im Privatsektor gekommen. Es ging um die – erfolgreiche – Durchsetzung von Nachbesserungen des zweijährigen

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Flächentarifvertrags vor allem bezüglich der Lohnerhöhungen. Der öffentliche Sektor zog nach. Zusätzlich irritierte eine Streikdrohung des Personals auf den Öl- und Gasplattformen. Sie konnte nur durch eine Zwangsschlichtung abgewendet werden. Eine Unterbrechung der Öl- und Gaslieferung hätte den ohnehin schon stark gestiegenen Ölpreis noch höher getrieben und nicht nur das norwegische, sondern auch das europäische Wirtschaftswachstum zusätzlich gedämpft. Norwegen ist der zweitwichtigste Exporteur von Erdöl und hat bedeutenden Anteil an der Öl- und Gasversorgung Westeuropas.

Wirtschaftspolitik wird die Regierung vom bisherigen Kurs, der auf Vollbeschäftigung, aber auch auf eine Dämpfung des Preisauftriebs abstellte und weiterhin die Überweisung der aus der Öl- und Gasförderung resultierenden hohen Budgetüberschüsse an den sog. Zukunftsfonds vorsah, abgehen. Sie will private Haushalte und Unternehmen mehr an den Öleinnahmen partizipieren lassen und höhere Mittel in die öffentlichen Dienste stecken, so dass die Wirtschaft mehr noch als in den letzten Jahren zur konjunkturellen Überhitzung neigen dürfte. Die Frage des EU-Beitritts liegt – nach den jeweils knapp gescheiterten EU-Referenden in den Jahren 1972 und 1994 – weiter auf Eis. Und selbst im Rahmen der bisher ziemlich klaglos funktionierenden norwegischen Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind vermehrt Kontroversen mit der EU abzusehen, auch aufgrund der jetzt möglicherweise stärker nationalistisch ausgerichteten Linie.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendbedingungen** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** nahmen Nachfrage und Produktion um 4,1% zu. In **Japan** ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,5% gestiegen. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In **Westeuropa** wurde das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,4% ausgeweitet. In der EU sowie im Euroraum lag die Zuwachsrate ebenso hoch; in Deutschland belief sie sich auf 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 um 8%. Der **Wechselkurs des Euro** sank im Schnitt des Jahres auf 0,92 US-Dollar von 1,07 US-Dollar im Jahre 1999. Das Volumen des **Welthandels** expandierte um 13%.

In **Norwegen** hat sich das **reale Bruttoinlandsprodukt** um 2,3% (nach revidiert 1,1% im Jahre 1999) erhöht, also erneut schwächer als im westeuropäischen Durchschnitt. Die Zunahme ist lediglich dem als Folge der kräftigen Aufwärtsentwicklung 1999 zu Jahresbeginn registrierten Überhang zu verdanken. Denn im Verlauf haben Nachfrage und Produktion annähernd stagniert. Ursache dieser im Vergleich

zum übrigen Westeuropa so unterschiedlichen Entwicklung war eine deutlich restriktive Geld- und eine neutrale Finanzpolitik – der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss verdreifachte sich etwa infolge explodierender Öleinnahmen auf 14,6% des BIP –, mit deren Hilfe konjunkturellen Überhitzungserscheinungen vor allem auf dem Arbeitsmarkt und bei den Preisen entgegengewirkt wurde. Die großen Komponenten auf der Nachfrageseite zeigten sehr unterschiedliche Veränderungsraten.

Der **private Konsum** erhöhte sich gegenüber 1999 um 2,4%, wobei einem geringen Anstieg im ersten Halbjahr ein Rückgang im zweiten Semester folgte. Das Arbeitsvolumen ging zurück, und die realen verfügbaren Einkommen stiegen aufgrund stark erhöhter Energiepreise deutlich verlangsamt. Der **Staatsverbrauch** expandierte um 1,4%, getragen von einer ziemlich stetigen Ausweitung im Verlauf des Jahres. Die **Bruttoanlageinvestitionen** sanken um 1,1%. Während die Unternehmensinvestitionen auf dem Festland um 1,8% und der Wohnungsbau um 12,2% ausgeweitet wurden, investierte der Staat um 7,9% weniger, und die Investitionen im Erdöl- und Erdgassektor sind mit 17,1% fast so stark verringert worden wie im Jahr zuvor. Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen nahm um 2,7% zu, weil der Erdöl- und Erdgasexport um 6,4% gesteigert werden konnte – und die **Einfuhr** expandierte um 2,5%. Infolge vervielfachter Öl- und Gaspreise hat sich der Überschuss der **Leistungsbilanz** mit 203,6 Mrd. Kronen, das entspricht 14,3% des BIP, mehr als vervierfacht.

Auf dem **Arbeitsmarkt** entspannte sich die Lage. In Mann-Jahren gerechnet ist die Beschäftigung gegenüber 1999 um 0,8% gesunken. Die Zahl der Beschäftigten nahm jedoch erneut um 0,5% zu. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresdurchschnitt von 3,2% auf 3,4%.

Die **Konsumentenpreise** sind im Verlauf rasch gestiegen (3,1% gegenüber 1999). Ausgeprägt erhöhten sich die Energiepreise, aber auch Dienstleistungen, Mieten sowie im Inland produzierte Güter wurden überdurchschnittlich teurer.

Wirtschaftspolitik

Der wirtschaftspolitische Kurs war während der letzten Jahre darauf ausgerichtet, das Wirtschaftswachstum auf einem, den volkswirtschaftlichen Ressourcen entsprechenden Kurs zu halten, Übersteigerungen bei Löhnen und Preisen sowie Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, und den Wechselkurs der Krone gegenüber dem Euro stabil zu halten. Die seit vorigem Jahr wieder sehr kräftig sprudelnden Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasförderung wurden dem »Zukunftsfonds« für spätere Generationen zugeführt, so dass die Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich außerordentlich hoch blieb. Diese Dis-

krepanz stößt jetzt, wie das Wahlergebnis vom Oktober 2001 zeigt, auf wachsenden Unmut bei der Bevölkerung. Die Mehrheit wünscht eine geringere Steuer- und Abgabenbelastung sowie mehr staatliche Mittel zur Verbesserung der in der Tat häufig unbefriedigenden öffentlichen Dienstleistungen, besonders im Bildungs- und Gesundheitswesen. Ganz anders als in den anderen westeuropäischen Ländern bleibt die Wirtschaftspolitik angesichts immer noch gut ausgelasteter Kapazitäten und verbreitetem Arbeitskräftemangel mehr um die Vermeidung einer neuerlichen konjunkturellen Überhitzung besorgt als um die Möglichkeiten zur Ankurbelung der Konjunktur.

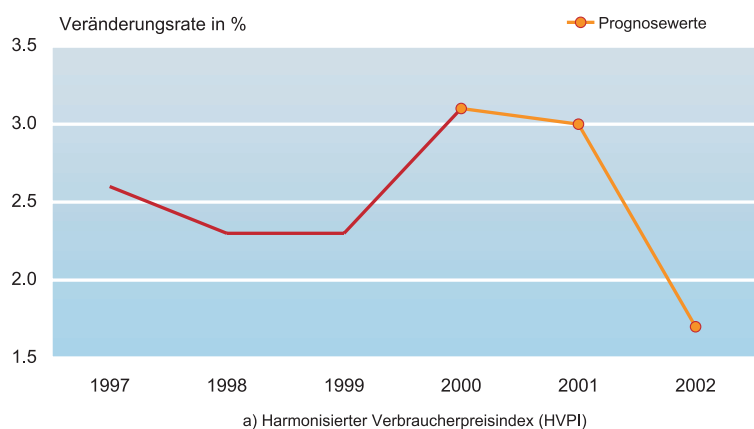
In der **Finanzpolitik** zeichnet sich mit dem jüngst vorgelegten, aber noch nicht verabschiedeten Staatshaushalt 2002 nun eine leicht expansive Linie ab, wobei preissteigernde Effekte vermieden werden sollen. Der annähernd neutrale Kurs wird damit verlassen. Bei weitestgehend ausgeschöpften Arbeitsmarktreserven und seit längerem deutlich stärker als im westeuropäischen Durchschnitt steigenden Löhnen wäre eine noch stärkere Lockerung sinnlos, da die Zentralbank dem dann beschleunigten Preisauftrieb entgegenwirken und den fiskalischen Impuls neutralisieren würde. Die Koalitionsparteien haben sich auf die Senkung der Einkommen-, der Flug- sowie der Immobiliensteuern verständigt. Ferner wird die extrem hohe Besteuerung von Alkohol etwas verringert. Und schließlich entfällt die Besteuerung von Dividenden ab 1. Januar 2002. Die Steuerbelastung soll 2002 pro Einwohner um ca. 1 700 Kronen geringer sein als heuer, was 7,2 Mrd. Kronen kostet. Für die Entwicklungshilfe, für das öffentliche Verkehrswesen sowie für den Umweltschutz sind spürbar höhere Ansätze vorgesehen. Weitere Einnahmeausfälle resultieren aus der Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Nahrungsmittel Anfang 2002. Der um die Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasförderung bereinigte Staatshaushalt – ohnehin seit vielen Jahren im Defizit – wird 2002 vermutlich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 0,8% des Bruttoinlandsprodukts (0,6% im Jahre 2000) abschließen. Da die Staatseinnahmen infolge geringerer Erträge aus dem Öl- und Gasexport bei gleichbleibenden Staatsausgaben niedriger als für 2001 budgetiert sind, dürfte der Haushaltsüberschuss brutto rund 11½% des BIP betragen, nach ungefähr 14½% in den Jahren 2000 und 2001.

Die **Geldpolitik** ist 1999 zur Stabilisierung des Wechselkurses der Krone als monetärem Zwischenziel zurückgekehrt. Gleichzeitig gilt die Aufmerksamkeit der Zentralbank der Preisentwicklung: Das seit 1999 informell geltende mittelfristige Inflationsziele von 2,5% p.a. wurde im Mai 2001 offiziell als geldpolitische Referenzgröße eingeführt. Um den starken Lohnauftrieb und den beschleunig-

ten Preisanstieg zu dämpfen, war der Leitzins im Jahre 2000 um 1,5 Prozentpunkte auf 7% angehoben worden – Ausdruck der Angst vor einer nachfrageinduzierten Inflationsbeschleunigung. Zu einer Lockerung wird es kaum kommen, solange die Wirtschaftslage noch ziemlich günstig ist und bevor nicht im Frühjahr 2002 ein stabilitätspolitisch befriedigendes neues zweijähriges Lohntarifabkommen zustande kommt. Dann könnte der Leitzins um bis zu einem halben Prozentpunkt herabgesetzt werden. Da eine derartige Lockerung erst mit Verzögerung wirken würde, erhält die Konjunktur 2002 von der monetären Seite her keine Anregungen.

Denn die **Einkommenspolitik** bleibt die wirtschaftspolitische Achillesferse. Sie hatte im vergangenen Jahr, nach ermutigendem Resultat 1999, die in sie gesetzten stabilitätspolitischen Hoffnungen enttäuscht. Wie Erinnerung war der während der ersten Hälfte der neunziger Jahre so erfolgreiche Sozialpakt (»Solidaritätsinitiative«) anschließend weitestgehend erodiert. Anstelle der von der so genannte »Arntsen-Kommission« für 2000 empfohlenen Lohnsteigerungen um 3½% im privaten Sektor wurden im Mai 2000 um fast einen Prozentpunkt höhere Anhebungen und eine nur zweijährige Laufzeit des Tarifvertrages erstrebt – provoziert von den sehr kräftigen Gehaltsaufbesserungen und Aktienoptionszuteilungen, die sich die Manager vor allem der großen Unternehmen zugestanden hatten (auch in den Niederlanden waren auf diese Weise übersteigerte Lohnerhöhungen ausgelöst worden). Das Signal war vom öffentlichen Sektor aufgegriffen worden. Die – zusammen mit Westdeutschland – höchsten Stundenlohnkosten der Welt, sind 2001 sogar etwas beschleunigt gestiegen, auch weil der tarifliche Urlaub um eine fünfte Woche verlängert worden ist. Der für den privaten Sektor geltende Lohnarbeitsvertrag 2002/2004 bildet die bestimmende Größe für die Preis- und Zinsentwicklung in den nächsten Jahren. Zwar ist nicht damit zu rechnen, dass dabei – wie als Leitlinie in der »Soli-

Konsumentenpreise ^{a)}



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

daritätsinitiative« vorgesehen – auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der der Auslandskonkurrenz ausgesetzten Wirtschaftszweige besondere Rücksicht genommen wird. Aber die erst am Beginn eines Aufschwungs stehende Weltwirtschaft, der deutlich abgeschwächte Preisauftrieb, sowie die finanzpolitischen Zugeständnisse werden leicht dämpfend wirken. Allerdings könnte ein solches Resultat vom nachfolgenden möglicherweise höheren Abschluss im öffentlichen Dienst obsolet gemacht werden.

Ordnungspolitisch werden sich die Zeiten mit dem Regierungswechsel wohl ebenfalls ändern. Dem in der Bevölkerung weit verbreiteten Widerstand gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums wird in hohem Maße Rechnung getragen werden, vor allem wenn damit der Einstieg ausländischer Investoren verbunden ist. Weitere Privatisierungsschritte beim Ölkonzern Statoil (der Staat hatte sich Mitte 2001 von 17,5% seiner Anteile getrennt) scheinen auf absehbare Zeit ebenso unwahrscheinlich wie die geplante Privatisierung von Telenor. Bereits im September 2001 war der Versuch des finnischen Finanzkonzerns Sampo gescheitert, Storebrand, den größten norwegischen Versicherungskonzern, zu übernehmen.

Auch **integrationspolitisch** gibt es Schwierigkeiten. So fühlt sich Norwegen, zusammen mit den EWR-Mitgliedern Island und Liechtenstein bei der Entscheidungsfindung innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie bei den Übersetzungen des EU-Regelwerkes von der EU übergangen. Auch mangle es dieser an Interesse am politischen Dialog mit Norwegen, das die Ausweitung des EU-Regelwerkes vertragsgemäß nachvollzieht, ohne dabei mitbestimmen zu können. Seitens der mit Vertiefung und Erweiterung der EU schon überforderten EU-Kommission scheint die Bereitschaft zu einem Entgegenkommen gering, auch um nicht noch eine, die Lage zusätzlich komplizierende Integrationsebene zu schaffen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** nimmt das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 1% zu. Die gesamtwirtschaftliche Produktion geht in **Japan** um etwa $\frac{3}{4}$ % zurück. In **Mitteleuropa** expandieren Nachfrage und Produktion um annähernd $2\frac{3}{4}$ %. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa $1\frac{1}{2}$ % ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum ist eine ähnliche Rate zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland ca. $\frac{3}{4}$ % beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis im Jahresdurchschnitt um 10%. Der **Wechselkurs des Euro** beträgt durchschnitt-

lich ca. 0,90 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** erhöht sich in einer Größenordnung von 1%.

In **Norwegen** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion nach leichter Erholung um die Jahreswende während des ersten Halbjahrs, gebremst durch die Wirtschaftspolitik, kaum gestiegen. Unternehmensbefragungen und die schwache Entwicklung des Welthandels deuten auf eine annähernde Stagnation im zweiten Semester hin. Vom Abschwung der Weltwirtschaft wird die norwegische Wirtschaft relativ wenig tangiert. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um fast $1\frac{1}{2}$ % expandieren, wobei die Entwicklung der großen Nachfrageaggregate erneut sehr unterschiedlich verläuft. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Lage immer noch von Knappheiterscheinungen gekennzeichnet. Der Preisauftrieb beruhigt sich seit der Jahresmitte erheblich. Die Leistungsbilanz dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ein gegenüber 2000 nur wenig geringes Aktivum ausweisen.

Der **private Konsum** nimmt vermutlich um ca. $1\frac{3}{4}$ % zu. Stützend wirken die weiter steigende Beschäftigung, steigende Reallöhne sowie die beruhigende Erkenntnis, dass die Konjunktur von der weltwirtschaftlichen Flaute nicht stark beeinträchtigt werden dürfte und dass der Wirtschaftspolitik im Fall des Falles ausreichende Mittel zum Gegensteuern zu Gebote stehen. Der **öffentliche Verbrauch** ist, wie in Wahljahren üblich, beschleunigt ausgeweitet worden. Er dürfte sich um etwa $2\frac{1}{2}$ % erhöhen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** einigermaßen zuverlässig zu schätzen ist selbst jetzt im Herbst sehr schwierig, da vor allem über das Investitionsverhalten der Öl- und Gasindustrie nach wie immer große Unklarheit besteht. Hier scheint der Rückgang der Anlageinvestitionen zwar wesentlich langsamer geworden oder sogar zum Stehen gekommen zu sein. Gegenüber 2000 wird sich jedoch wieder ein erhebliches Minus, wenn wohl auch nicht mehr im zweistelligen Bereich ergeben. Auch die öffentliche Hand investiert, um die gesamtwirtschaftlichen Spannungen zu dämpfen, neuerlich weniger als im Vorjahr. Die Unternehmensinvestitionen auf dem Festland dürften gegenüber 2000 etwa stagnieren oder nur mehr wenig steigen, bedingt durch verschlechterte internationale Wettbewerbsfähigkeit, hohe Finanzierungskosten und weniger günstige Absatz- und Ertragserwartungen. Insgesamt ist mit einem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen um rund 4% zu rechnen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen dürfte um etwa 4% zunehmen, vor allem stimuliert durch die Nachfrage nach Öl und Gas; anders als Finnland und Schweden wurde die Ausfuhr »traditioneller« Produkte nicht schwerwiegend gedämpft. Mit nachgebenden Öl- und Gaspreisen gehen die Unit Values bei der Ausfuhr gegenüber 2000 spürbar zurück. Da sich gleichzeitig die **Einfuhr** verteuert – deren Volumen expandiert voraussichtlich um rund $1\frac{1}{2}$ % –,

dürften sich die Terms of Trade heuer um reichlich 7 1/2% verschlechtern; sie hatten sich im Jahre 2000 allerdings infolge der sprunghaft gestiegenen Öl- und Gaspreise um 45,8% verbessert. Die **Leistungsbilanz** weist in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vermutlich einen bei 16% des BIP liegenden Überschuss aus.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bestehen auf zahlreichen Gebieten weiterhin Engpässe. Die Beschäftigung dürfte wiederum um ungefähr 1/2% ausgeweitet werden, etwa im Rhythmus der Erwerbsbevölkerung. Die Arbeitslosenquote bleibt mit etwa 3 1/2% stabil.

Die Entwicklung der **Konsumentenpreise** wird besonders durch die Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 24% Anfang 2001 sowie durch die drastische Verteuerung von Energie (vor allem von Elektrizität) im ersten Semester geprägt. Der Höhepunkt der »Preisbuckels« wurde auch hier zur Jahresmitte erreicht. Anschließend sind die Verbraucherpreise sogar gesunken. Im Jahresdurchschnitt dürften sie sich um ca. 3% erhöhen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **USA** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1 1/2%. Nachfrage und Produktion gehen in **Japan** um gut 3/4% zurück. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 2 1/2%. In **Westeuropa**, der EU sowie im Euro-Raum nimmt das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 1 1/2% zu; in Deutschland beträgt die Expansionsrate 1 1/4%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** beträgt im Jahresdurchschnitt 22 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) liegen im Schnitt des Jahres um rund 6 1/2% unter dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro**

liegt im Jahresmittel innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 3%.

In **Norwegen** gewinnt die Konjunktur ebenfalls an Schwung und gerät mit einer Zunahme des **realen Bruttoinlandsprodukts** um fast 2 1/4% schon wieder an den Rand der konjunkturellen Überhitzung. Dies um so mehr, als das Land von der weltwirtschaftlichen Flaute weniger betroffen ist als die anderen europäischen Länder: Die Elektronikindustrie hat geringe Bedeutung, die Ausfuhren der traditionell international orientierten Festlandsindustrien belaufen sich nur auf zwei Fünftel der gesamten Güterexporte, und die OPEC sorgt (noch?) dafür, dass der Öl- und damit der Gaspreis auf auskömmlichem Niveau bleibt. Das außerhalb der OPEC stehende Norwegen beteiligt sich nicht an den zur Preisstützung verfügbaren Förderbeschränkungen dieser Organisation. Vielmehr rechnet die Regierung mit einer Zunahme der Ölförderung um reichlich 3% auf 3,2 Mill. Barrel pro Tag. Die Gasförderung wird sogar noch stärker ausgeweitet; es ist eine Exportsteigerung um 14,5% auf 71 Mrd. cbm geplant. Der Aufschwung wird wesentlich von der Inlandsnachfrage getragen. Die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt nehmen allmählich wieder zu. Die Inflationsrate liegt deutlich niedriger als 2001. Der Leistungsbilanzüberschuss wird allerdings geringer sein als zuvor.

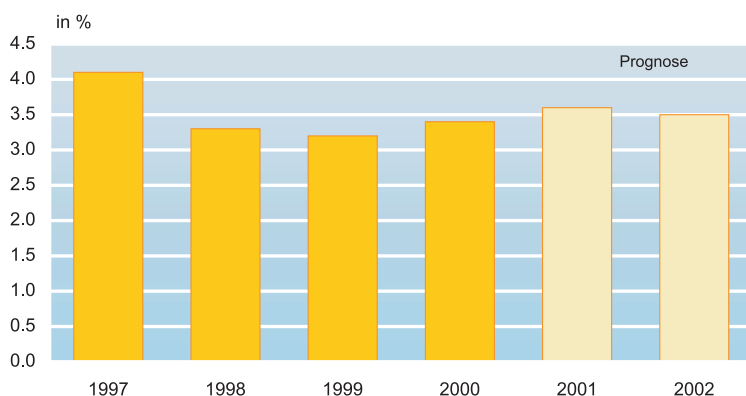
Der **private Konsum** dürfte um knapp 3% expandieren. Stimulierend wirkt die deutlich zunehmende Kaufkraft der Arbeitseinkommen, da die Löhne nominal gegenüber 2001 fast unverändert kräftig steigen dürften, während die Inflationsrate wesentlich geringer sein wird. Hinzu addieren sich Einkommensteuersenkungen. Und die Beschäftigung nimmt zumindest im Rhythmus der Vorjahre zu, bei im späteren Verlauf allmählich sinkender Arbeitslosigkeit. Bei dauerhaften Konsumgütern verschiebt sich der Nachfrageschwer-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000	2001 ^{a)}			2002 ^{a)}		
			SN ^{b)}	NB ^{c)}	OECD ^{d)}	SN ^{b)}	NB ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	1,1	2,3	1,6	2,2	2,1	2,5	2,3	2,2
Inlandsnachfrage (Festland)	1,5	1,9	1,4	1,7	1,8	3,3	2,3	2,4
Privater Verbrauch	2,2	2,4	2,0	1,8	2,8	3,2	2,5	2,9
Staatsverbrauch	3,3	1,4	1,9	3,0	2,2	2,5	2,3	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	– 8,2	– 1,1	– 4,8	0,4	– 0,6	5,1	1,6	1,4
Exporte ^{e)}	2,8	2,7	5,0	4,6	2,2	3,0	4,2	1,9
Importe ^{e)}	– 1,6	2,5	0,8	2,4	1,1	5,5	4,0	1,0
Industrieproduktion (ohne Bau)	– 0,3	2,9	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	2,3	3,1	3,2	3,2	3,0	1,7	2,0	1,7
Arbeitslosenquote	3,2	3,4	3,4	3,3	3,5	3,4	3,2	3,7
Leistungsbilanz ^{f)}	3,9	14,3	14,1	14,0	14,3	11,3	12,0	11,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	4,8	14,6	14,9	n.a.	14,2	12,9	n.a.	12,5

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Statistisk Sentralbyrå, Oslo, vom Oktober 2001. – ^{c)} Norges Bank, Oslo, vom August 2001. – ^{d)} Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, vom November 2001. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Arbeitslosenquote

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

punkt. Während 2000/2001 infolge des Booms im Wohnungsbaus Einrichtungsgegenstände sehr lebhaft abgesetzt wurden und die Zulassung neuer Pkw ein zyklisches Tief erreichte, werden nun wieder mehr neue Autos nachgefragt, bei schwächer expandierendem Absatz von Einrichtungsgütern im Zuge des auslaufenden Wohnbaubooms. Die Kursverluste an den Aktienmärkten beeinflussen das Konsumverhalten wesentlich weniger als beispielsweise in Schweden. Erstens besitzen relativ weniger Haushalte Aktien, und zweitens ist die Bedeutung der Immobilienpreise für das Konsumklima auch hier sehr viel größer als die Aktienkurse. Und der bisherige starke Preisanstieg bei Wohnungen und Häusern setzt sich nur wenig verlangsamt fort; er hatte bisher die durch Kursrückgänge verursachten Vermögensverluste mehr als ausgeglichen. Der **Staatsverbrauch** wird im Zuge der neuen finanzpolitischen Linie leicht beschleunigt um ca. $2\frac{3}{4}\%$ zunehmen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften sich in einer Größenordnung von 3% erhöhen. Der Aufschwung wird nach dreijähriger kräftiger Investitionsrezession von allen großen Aggregaten getragen. Wie immer bilden allerdings die Investitionen des Off-Shore-Sektors einen großen Unsicherheitsfaktor. Sie nehmen vermutlich geringer zu, als von staatlichen Institutionen erwartet. Aber nach drei Jahren mit beträchtlichen Rückgängen werden sie wieder steigen, auch weil damit gerechnet wird, dass die OPEC den Ölpreis innerhalb des von ihr gesetzten Preisbandes von 22 bis 28 US-Dollar pro Barrel halten kann, der rentierliche Investitionen erlaubt. Die öffentliche Hand investiert ebenfalls nach mehrjähriger Zurückhaltung im Zuge der expansiven Finanzpolitik wieder mehr. Die Unternehmensinvestitionen werden sich wohl nur allmählich in dem Maße erholen, wie die Absatz- und Ertragsaussichten günstiger werden. Auch realisiert man die in der Hoffnung auf den Wegfall der Investitionssteuer ab 1. April 2002 zurückgestellten Investitionen vermutlich zumindest teilweise in der zweiten Jahreshälfte. Der Woh-

nungsbau wird im Vorjahresvergleich nochmals kräftig, im Verlauf aber verlangsamt ausgeweitet, nachdem er in den Jahren 2000/2001 insgesamt um reichlich 20% expandiert hatte und verschiedentlich Sättigungserscheinungen auftreten.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. $+2\frac{3}{4}\%$) gewinnt im Laufe des Jahres wieder stärker an Schwung, getragen auch von den Exporten »traditioneller« Produkte; dies, obwohl die seit Mitte der neunziger Jahre zu beobachtende Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit anhält. Etwa drei Fünftel der Warenausfuhr entfallen auf Erdöl und Erdgas. Da der Ölpreis niedriger als 2001 liegen wird, werden die Terms of Trade wiederum ungünstiger,

obwohl die Krone zusammen mit dem Euro gegenüber dem US-Dollar leicht aufwerten dürfte. Da zudem der **Import** stärker zunimmt als der Export, ist mit einem absolut sinkenden Überschuss der **Leistungsbilanz** zu rechnen. Mit etwa einer Größenordnung von 12% des BIP bleibt er aber immer noch außerordentlich hoch.

Auf dem **Arbeitsmarkt** kommt es im späteren Verlauf des Jahres allmählich wieder zu Spannungen, wenn die Investitionstätigkeit an Dynamik gewinnt. Vor allem die Knappheit an Fachkräften akzentuiert sich wieder. Bei weiterhin verhaltenem Beschäftigungswachstum geht die Arbeitslosigkeit langsam zurück. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie jedoch neuerlich bei $3\frac{1}{2}\%$ liegen.

Der Preisauftrieb wird so gering sein wie seit sechs Jahren nicht mehr. Dämpfend wirken der zu Jahresbeginn auf die Hälfte sinkende Mehrwertsteuersatz für Nahrungsmittel, niedrigere Energiepreise (das gilt vor allem für Elektrizität), der kaum noch verteuerte Import sowie die langsamer steigenden Lohnstückkosten. Außerdem entfällt der durch die Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer Anfang 2001 gegebene Basiseffekt. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** um rund $1\frac{3}{4}\%$ steigen.

Abgeschlossen am 12. November 2001